

Wochenblatt des Deutschen Sattler-, Tapezierer- u. Portefeullemacher-Verbandes

Organ

des Deutschen Sattler-, Tapezierer- u. Portefeullemacher-Verbandes

Inserate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüdernstraße 10 b^m

Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

Auf zur Heimarbeitersausstellung!

Wie wir erfahren, wird die Heimarbeitersausstellung nunmehr am 28. April eröffnet werden. Sie findet in den Ausstellungshallen am Behrier Bahnhof in Berlin statt und wird am 15. Mai beendet.

Soweit die Ortsverwaltungen unseres Verbandes an der Heimarbeitersfrage interessiert sind und das für Ausstellungszwecke bestimmte Material noch nicht an die Hauptverwaltung eingelangt haben, wird es jetzt höchste Zeit, dies nachzuholen.

Da die Ausstellung nur 14 Tage dauern kann, muß schon jetzt eine rührige Propaganda zum Besuch derselben entfaltet werden. Wir erlauben deshalb, darauf hinzuweisen.

Für Gewerkschaftsmitglieder werden Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. zur Abgabe gelangen. Für Arbeitslose werden gratis Karten zur Verfügung gestellt. Während der Ausstellungszeit werden Vorträge veranstaltet.

Wir erinnern nochmals daran, daß die Heimarbeit in neuerer Zeit wieder an Umfang gewonnen hat und daß die Bezahlung der Heimarbeiter sehr oft mehr wie alles zu wünschen übrig läßt.

Die Ausstellung hat den Zweck, die große Desorientierung auf das soziale Elend aufmerksam zu machen, welches unter den Heimarbeitern herrscht, und die Besserung der Lage der Heimarbeiter anzuregen. Wer wollte solchen Unternehmen seine Unterstützung verweigern? Jeder Mensch, der noch etwas Mitgefühl für seine Mitmenschen im Busen trägt, wird sich aufrufen, um sein Teil dazu beizutragen, daß der gute Zweck, welchen die Veranstalter im Auge haben, auch erreicht wird.

Es ist überaus bezeichnend, daß die Unternehmerverbände dieser Veranstaltung im großen ganzen ablehnend gegenüberstehen und ihre Unterstützung verweigern.

Auch die Fachauschüsse verhalten sich im allgemeinen ablehnend gegenüber einer Mitarbeit. Auf Anfrage haben überhaupt nur 10 geantwortet, und von diesen haben sich nur 2 Berliner und 1 Stolper zur Mitarbeit bereit erklärt. Die Vorstehenden verschiedener Fachauschüsse haben geantwortet, sie könnten die Fachauschüsse nicht zur Beprechung der Heimarbeitersausstellungsfrage einberufen, weil dies mit erheblichen Kosten verknüpft sei. Man hat es demnach nicht für notwendig erachtet, die Arbeitervertreter überhaupt zu befragen.

Es ist aus all diesen Vorgängen klar ersichtlich, daß die Heimarbeitersausstellung bei den Kreisen, die den Unternehmern nahe stehen, ebensowenig Sympathie findet wie bei den Fabrikanten selbst. Um so mehr müssen sich unsere Leute anstrengen, damit die Ausstellung einen wichtigen Eindruck hervorruft. Es gilt das Heimarbeitersende zu bekämpfen, der Heimarbeiter soziale Lage zu verbessern.

Das Ergebnis der Lederenquete.

Im verfloffenen Jahre haben wir wiederholt Notiz genommen von den hohen Leder- und Häutepreisen und darauf verwiesen, daß die Ursachen der Preissteigerung auf die Aufkäuferwirtschaft zurückzuführen wären. Der Arbeitsausschuß des Vorläufigen Wirtschaftsrates hatte einen neunzehnten Ausschuß eingesetzt mit der Aufgabe, die Zustände in der Häute- und Lederfabrikation und Lederverarbeitung gründlich zu untersuchen und über das Ergebnis Bericht zu erstatten.

Die Presse berichtete dieser Tage, daß nunmehr das Ergebnis dieser Untersuchung in einem umfangreichen Bericht vorliege. Diese Untersuchung bestand in der Vernehmung von Sachverständigen aus den verschiedenen Zweigen der Produktion und des Handels. Die Kommission sei zu dem Ergebnis gelangt, daß sie auf Grund dieser Erhebungen keinen Anlaß habe, ein Eingreifen der Regierung in die Marktverhältnisse der Lederwirtschaft zu empfehlen.

Bei den starken Preisschwankungen, die den Gegenstand der Untersuchungen gebildet haben,

handelte es sich in der Hauptsache um Uebergangsercheinungen, wie sie sich in der gesamten deutschen Wirtschaft gezeigt haben. Solche Uebergangsercheinungen bilden Gelegenheit zu Spekulationen. Für eine planmäßige Preistreibererei hätten sich aber irgendwelche Anhaltspunkte nicht finden lassen.

Im „Offenbacher Abendblatt“ Nr. 68 vom 21. März verbreitet sich der Vorsitzende des Lederarbeiterverbandes Heinrich Mahler, der Mitglied des Ausschusses ist, welcher die Untersuchungen vorgenommen hat, über den Inhalt des Berichtes dieses Ausschusses. Im wesentlichen führt M. folgendes darüber aus:

Die Nachfrage nach Leder und Schuhen war sowohl in der Inflationszeit wie auch zu Anfang der Stabilisierung der Mark sehr lebhaft. Die Preissteigerungen hätten aber nicht den Umfang annehmen können, wenn sie nicht durch die besonderen Geld- und Wohnungsverhältnisse unterstützt worden wären. Den Aufkäufern standen die billigen Kredite der Reichsbank (Rentenmarkkredite) zur Verfügung, während die ungenügende Devisenankunft, auch sonst im Ausland laufende Käufer zwang, auf den Inlandsmärkten zu kaufen. Im April 1924 fanden infolgedessen die Rohhäutepreise in Deutschland 40 bis 50 Prozent über den Weltmarktpreis. Infolge der schädlichen Restriktionen trat Geldmangel ein, der eine Einschränkung der Käufe zur Folge hatte. Im Juni sanken die Rohhäutepreise bis unter Weltmarktpreis, um dann wieder hochzusteigen.

Der Ausschuß hat es aber nicht vermocht, das Verhältnis der Viehpreise zu den Fleisch- und Häutepreisen zu klären, das habe nicht zu seinen Aufgaben gehört! Trotzdem sei in den Erörterungen festgestellt worden, daß im März 1924 trotz außerordentlich niedriger Viehpreise die Fleisch- und Häutepreise sehr hoch waren. Dabei sei auch konstatiert worden, daß für die Preisbildung für Häute und Felle die Häuteauktionen maßgebend sind. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen sind dort Spekulationsmanipulationen nicht auszuschließen.

Von sehr großer Bedeutung für die Preisbildung ist aber auch die Zentrale der Häuteverwertung. Von der gesamten Häutemasse, die in Deutschland auf den Markt gebracht wird, sind vier Fünftel in der Hand der Häutezentrale. Diese Zentrale verfügt über genügend Kapital, um bei Geldknappheit Viehhändlern und Fleischern Mittel vorzuschießen und ihrem Einfluß getätig zu machen. Dadurch ist es dieser Zentrale eben möglich, die Preise zu steuern und unkontrollierbare Angebote zu unterdrücken.

Trotz alledem könne die Prüfungskommission ein Verbot der Häuteauktionen nicht befürworten, denn dadurch würde erst ein Syndikat oder Monopol der Häuteverwertung begründet. Sie empfehle deshalb, der freien Entwicklung das weitere zu überlassen.

Die Kommission betont, daß in allen Ländern die Aufhebung der noch bestehenden Ausfuhrverbote und Ausfuhrerschwerungen für Häute und Felle angestrebt werden müsse. Die Preise für Leder bilden sich nicht immer nach den Preisen für Rohhäute. Trotzdem zu Anfang 1924 die Häutepreise stiegen, konnten die Lederfabrikanten damit nicht folgen. Als dann die Lederpreise in Deutschland hoch standen, warf das Ausland seine Leder auf den deutschen Markt. Erst im Juni, als die Häutepreise sanken, konnten die Lederfabrikanten Leder mit Gewinn verkaufen.

Die Lederfabrikanten haben sich nicht kartelliert, auch die Schuhfabrikanten nicht. Man hat aber Richtlinien aufgestellt für die Preisbildung. Auf die Preisbildung für Schuhwaren wirken bestimmend ein die Ansprüche der Käufer an die Ware und die wechselnde Mode. Auch die enorme Inflation, die der Handel zu tragen hat, ist mitbestimmend, er arbeite mit 50 Proz. fremder Kapitalien. Das bedeute eine Zinsdifferenz von 30 Proz. auf beanspruchten Kredit, wie sie lange Zeit in Geltung gewesen sei,

ferner eine Mehrbelastung von 15 Proz. auf das gesamte Kapital und bei zweimaligem Umschlag eine Mehrbelastung von 7½ Proz.

Wie bei der Textil-Enquete wurde festgestellt, daß der Anteil des Lohnes am Preis gegenüber dem Friedensstand gesunken ist. Die Produktionsfähigkeit der Betriebe hat sich infolge der technischen Vervollkommnung und trotz Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gesteigert.

Die Kommission habe zwar Zwangseingriffe in die Häute- und Lederwirtschaft abgelehnt, sie habe aber die Tatsachen energisch unterstrichen, daß die Rohstoffarundlage der deutschen Lederwirtschaft, soweit sie nicht im Auslande liegt, von stark monopolistischen Tendenzen bedroht wird.

An und für sich sei die Rohstoffarundlage zu eng für die deutsche Lederwirtschaft, diese sei auf den europäischen Rohhäutenmarkt angewiesen, wenn sie mit vollwertigen und preiswerten Fertigprodukten auf dem Weltmarkt konkurrieren will.

Die Frage eines gesetzlichen Eingriffs sei noch nicht entschieden, denn eine dauernde und nicht gerechtfertigte Verwertung der Rohhäute bedroht die Konkurrenzfähigkeit der Schuh- und Lederindustrie und schafft neue Steuerungs- und Abfahrtsrisiken.

Die Arbeiten dieser Untersuchungskommission scheinen doch eine Menge Beweismaterial dafür zusammenzutragen zu haben, daß die Häutezentrale die Preisgestaltung für Häute nach Wunsch und Willen gestaltet. Wenn dem aber so ist, muß dieser Zustand durch die Regierung auch beseitigt werden.

Lehrlingsausbildung im Handwerk.

Im Katalog der im Februar dieses Jahres in Berlin abgehaltenen Messe für Schuh- und Lederwirtschaft nimmt der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Sattler- und Tapezierermeister Stellung zur Lehrlingsausbildung im Handwerk:

Herr Ludwig schreibt: „Das Handwerk betrachtet von jeher die gründliche Ausbildung seiner Lehrlinge als eine seiner vornehmsten Aufgaben. Darin ist heute keine Veränderung eingetreten, im Gegenteil, mehr als jemals ist sich heute der Lehrherr bewußt, daß das deutsche Handwerk Qualitätsarbeit leisten und der Nachwuchs dementsprechend angeleitet werden muß. Dabei wird — mehr als in früheren Zeiten — auf die theoretische Ausbildung besonderer Wert gelegt, weil in unseren komplizierter gewordenen Verhältnissen jeder Handwerker unter die Räder kommt, der nicht seine Bücher in Ordnung zu halten weiß, nicht richtig kalkulieren kann und nicht über gründliche Warenkenntnis verfügt. Auf diese Kenntnisse wird in den Vorbereitungsstunden für die Ablegung der Meisterprüfung von der Handwerksammer Bedacht genommen.“

Die praktische Ausbildung kann — darüber ist sich das gesamte Handwerk einig — nur in der Meisterlehre zweckentsprechend erfolgen. Sie kann weder durch Lehrwerkstätten der Industrie, noch durch staatliche Einrichtungen ähnlicher Art vollständig ersetzt werden. Nur in der Meisterlehre kann sich der Lehrling die für sein Handwerk notwendigen Fertigkeiten und Handgriffe aneignen, weil sich hier jeden Augenblick das praktische Bedürfnis von Stunde zu Stunde ergibt, dem entsprochen werden muß.

Freilich ist nicht jeder Handwerker, mag er ein noch so tüchtiger Meister seines Faches sein, ein ebenso tüchtiger Lehrherr. Als solcher muß er nicht nur ein Köhner in seinem Gewerbe, sondern auch ein Köhner der Jugendpflege sein, er muß es verstehen, sich das Vertrauen der jungen Leute zu erwerben, die er, ein Stück Ehrenpflicht übernehmend, erziehen, und denen er durch zweckentsprechende Behandlung und Aufklärung über die Entwicklungs- und Fragejahre hinweghelfen soll. Der Junge soll nach beendeter Lehrzeit nicht nur ein bestimmtes Maß von Kenntnissen und Fertigkeiten aus der Werkstatt des Meisters mitnehmen, das ihn befähigt, sich in einer anderen

Umwelt weiter zu bilden, sondern er soll auch in der
Lehrzeit seine Persönlichkeit entwickeln und festigen."

Mit dem hier entworfenen Programm kann man
ohne weiteres einverstanden sein. Nicht zustimmen
können wir den Ausführungen gegen die Lehrver-
hältnisse der Industrie und des Staates. Gerade auf
diesem Gebiet ist zum Teil geradezu vorbildliches ge-
schaffen worden. Stellt Herr Ludwig fest, daß nicht
jeder tüchtige Meister seines Faches auch ein guter
Lehrherr ist, so müssen wir diesen Einwand dahin er-
weitern, daß leider auch nicht jeder Lehrherr ein
tüchtiger Meister in seinem Fach ist. Außerdem ist
das Schaffungsfeld sehr vieler Kleinbetriebe ein so
enges, daß dem Lehrling gar nicht die Möglichkeit
gegeben ist, sich ein bestimmtes Maß von Kenntnissen
und Fertigkeiten anzueignen.

Herr Ludwig stellt die Frage: „Hat das Sattler-
und Feintäschnerhandwerk seine hohe Aufgabe er-
füllt?“ Er beantwortet diese Frage bejahend und
führt dazu aus: „Die Berliner Sattler- und Fein-
täschner-Annung, ebenso die anderen Annungen des-
selben Gewerbes, unterhalten in allen größeren
Städten Innungsschulen, die im letzten Lehrjahr
zu besuchen die jungen Leute leistungsgemäß ver-
pflichtet sind. Dort fertigen sie auch unter Aufsicht
tüchtiger Meister und Gesellen ihre Gesellenstücke an.
Die Gesellenprüfung wird von einer aus Meistern
und Gesellen bestehenden Kommission unter Mitwir-
kung der Innung und in Gegenwart eines Vertreters
der Aufsichtsbehörde oder der Berufsschule abge-
nommen.“

Das Sattlerhandwerk hat aber noch mehr getan:
Der Reichsfachverband hat im Jahre 1920 eine Reichs-
fachschule in Hildesheim für das Sattler-, Täschner-
und Tapezierer-Handwerk errichtet.“

Wir anerkennen das ehrliche Bestreben des Herrn
Ludwig und einiger anderer Führer der Sattler-
meisterbewegung, das Handwerk im allgemeinen und
das Sattlerhandwerk im besonderen wieder auf eine
gewisse Höhe zu bringen. Es soll auch nicht der Zweck
dieser Zeilen sein eine Kritik an den Fachschulen zu
üben, wie sie in den größeren Städten bestehen. Wich-
tiger ist schon die Frage: Wie ist die theoretische
Ausbildung in den kleineren und kleinsten Orten?
Von großer Bedeutung ist ferner die Frage: Wo
bleiben die ausgebildeten Lehrlinge? In den Hand-
werksattlerbetrieben selbst geht unbefriedigend die An-
zahl der beschäftigten Gehilfen zurück. Andererseits
steigt die Zahl der Lehrlinge. Nach einer Fählung für
den Ostgau (Provinz Brandenburg ohne Groß-Berlin,
Kommern, Schleen und Ostpreußen) wurden in den
Verwaltungsstellen ermittelt: 708 Tapeziererbetriebe
mit 851 Gehilfen, 25 weiblichen Hilfskräften und 404
Lehrlingen, und 404 Sattlerbetriebe mit 299 Gehilfen
und 394 Lehrlingen. Hätte man diese Erhebung auch
auf die übrigen kleineren Orte ausgedehnt, so wäre
man noch zu einem viel ungünstigeren Verhältnis ge-
langt. Für den großen Teil dieser Lehrlinge dürften
Innungsschulen ein unbekannter Begriff sein. Die
Reichsfachschule in Hildesheim ist aus finanziellen
Gründen und da die Zahl der jährlich Auslernenden
zu groß ist, nur einem kleinen Bruchteil der jungen
Gehilfen zugänglich.

Nehmen wir nunmehr den günstigsten Fall, der
Lehrling hat eine ausreichende theoretische und prak-
tische Ausbildung erhalten, so entsteht sofort die we-
itere Frage: Wohin nun mit dem jungen Mann? Herr
Ludwig sagt dazu: „Nicht alle jungen Leute, welche wir
auf diese Weise ausbilden, betätigen sich dauernd im
Handwerk. Sie gehen vielfach zur Industrie über,
welsche auch Qualitätsarbeiter braucht, die sie aber
selbst nicht in der Weise ausbilden
kann, als es das Handwerk tut. Diese
Abwanderungen bilden die Brücke zwischen Handwerk
und Industrie.“

Auf einen kleinen Teil der Auslernenden mag
das zuletzt Gesagte auch heute noch zutreffen. Sie
kommen als Betriebsfaktoren in der Industrie unter,
auch in der Treibriemenindustrie und der Fahrzeug-
fabrikation. Viel schlechter sind schon die Chancen in
der Lederwarenindustrie. Hier vollzieht sich in der
Zeit nach Beendigung der Inflation eine Umstellung,
die sich auch im Rückgang der Anzahl der beschäftigten
Gehilfen äußert. So kommt es, daß neben dem
Bäder- und Fleischergewerbe auch der Sattlerberuf
eine große Anzahl Berufsangehörige nicht unterbrin-
gen kann und sie zwingt berufsfremde Arbeit zu er-
greifen, nur mit dem Unterschied, daß die Trennung
vom erlernten Beruf selten eine vollständige ist. Der
Fleischer oder Bäder, der Arbeit als ungelernter Ar-
beiter ergreift, wird kaum Gelegenheit haben nach
Freizeitabend zu schlafen oder zu baden. Der Sattler-
und Tapezierergehilfe, losgelöst von dem erzieherischen
Einfluß der Organisation, wird sehr oft in die Ver-
suchung kommen, Nebenarbeiten zu machen, mit allen
schädlichen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.
Das große Ueberangebot von Gehilfen erhöht in un-
seren Beruf auch die Neigung sich selbstständig zu
machen. An die Stelle einer kleineren Anzahl von
Betrieben mit Gehilfen und einer deren Anzahl ent-
sprechenden Zahl von Lehrlingen treten eine Un-
menge wirtschaftlich sehr schwacher Kleinmeister-

betriebe. Der Konkurrenzkampf nimmt dadurch viel-
fach Formen an, die berufsschädigend wirken müssen.

Die Leitung des Reichsverbandes Deutscher Satt-
ler- und Tapezierermeister hat den Kampf gegen diese
Auswüchse aufgenommen. Dieses Bestreben wird
Erfolgsmittel bleiben, solange nicht ernsthaft der
Versuch gemacht wird die zurzeit ungebundene Lehr-
lingszählerei einzufrieren.

Mit der Hoffnung: Die Industrie wird den Lehr-
lingsüberschuß schon abnehmen, ist gar nichts getan.
Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, die sich
ergeben werden. Das darf uns aber nicht abhalten
für Regulierung des Lehrungsverwesens auch in der Form
einzutreten, daß Angebot und Nachfrage in ein ge-
sundes Verhältnis gebracht wird. B. C.

Das deutsche Volk ein Sattler!

Von einer Regierung, in welcher die Reichen und
Gatten das entscheidende Wort sprechen können, war
von vornherein nicht zu erwarten, daß sie eine
Steuervorlage herausbringen werde, durch welche die
wirklich wirtschaftlich tragfähigen Schultern ent-
sprechend belastet werden. Was jetzt als Steuerreform
dem deutschen Volke unterbreitet wird, ist aber nichts
anderes als die schwerste Neubelastung derjenigen
Volksschichten, die schon immer die schwersten Lasten
aufgehakt bekommen. Die Besitzenden sollen entlastet
werden; was man ihnen entzieht, wird den Armen
aufgepackt. Den großen Einkommen wird durch die
Reform der Einkommen- und Körperschaftsteuer eine
Menge von Erleichterungen und Vorteilen gewährt.
Für die kleinen Leute bleibt es bei der Umsatzsteuer,
die bekanntlich die Warenpreise hochgetrieben hat und
hoch hält, in Wirklichkeit also wirtschaftsfeindliche
Wirkungen hat. Für die armen linderreichen Fa-
milien hat man es nur zu einer Milderung des Lohn-
abzugs von ganzen 2 Proz. gebracht.

Von der Steuerreformarbeit der Regierung hätte
man vor allem eine Herabsetzung des Lohnabzugs-
betrages und eine Ermäßigung der Umsatzsteuer er-
warten dürfen. Die deutsche Wirtschaft leidet bekannt-
lich am meisten unter der geringen Kaufkraft der
Volksmassen. Die Warenpreise sind zu hoch, die
Löhne sind unzureichend, infolgedessen stockt der
Warenabsatz. Die Geschäftsleute erzielen zu geringe
Umsätze, weil die breiten Schichten der Bevölkerung
nicht kaufen können. Trotzdem kann man in den
Unternehmenszeitschriften, bei jeder Lohnforderung,
die gestellt wird, lesen, daß dadurch eine neue Inflation
heraufbeschworen werde.

So schrieb ein Dr. Ungemach in der Nr. 12 der
„Deutschen Arbeitgeberzeitung“ vom 22. März: „Eine
neue Welle von Lohnkämpfen überflutet das Reich,
die deutsche Wirtschaft steht wieder am Scheidewege.
Als wirklicher oder vorgeschobener Grund für die
Bewegung wird die Steigerung der Lebenskosten an-
gegeben. Er macht sich daran, den Beweis zu führen,
daß in Bielefeld nach einer Aufstellung des Arbeit-
geberverbandes der Lohn im Jahre 1924 um rund
27 bis 40 Proz., die Lebenshaltung aber nur um
9 bis 10 Proz. gestiegen sei. Der absolute Verdienst
eines verheirateten Facharbeiters mit zwei Kindern
betrage 187 bis 164 Goldmark, der eines Afford-
arbeiters 165 bis 200 Goldmark monatlich.“

Man sollte diesen Schlauberger doch einmal ver-
lassen, die Probe auf sein Exempel selbst zu machen.
Diese Klausel . . . müßten veranlaßt werden, einmal
ein halbes Jahr bei folchem färrlichen Einkommen
als Fach-, Lohn- oder Affordarbeiter mit ihren
Familien ihr Leben zu fristen.

Dieser Dr. Ungemach ist sich aber selbst nicht
recht sicher über sein Geschreibe, denn er meint weiter:
„Selbst wenn die prozentuale Erhöhung der Lebens-
haltungskosten diejenige der Löhne übersteige, so
wäre doch eine Erhöhung des Nennbetrages der
Löhne das ureigenste Mittel, die Lage der Arbeiter
zu verbessern.“ Er sagt aber nicht, welche sonstigen
Mittel der lohnarbeitenden Massen, außer Lohn-
forderungen, zum Ausgleich der unzureichenden Ein-
nahmen zur Verringerung der Lebenshaltungskosten
zur Anwendung zur Verfügung ständen. Dr. Un-
gemach bemüht sich vielmehr, den Nachweis zu er-
bringen, daß die Warenpreise in ihrer jetzigen Höhe
verursacht wurden durch die Selbstkosten, die der
Unternehmer zu tragen habe, die durch Lohn erhöhun-
gen zu neuen Preisaufschlägen führen müßten. Die
Kernfragen, ob die Unternehmer bei der Kosten-
berechnung die Profitrate nicht oft doppelt und drei-
fach einstellen, berührt der Herr natürlich nicht ein-
gehend. Er rechnet aus, daß eine Lohnerhöhung von
1 Pf. pro Stunde für 15 Millionen Arbeiter 420 Mil-
lionen Goldmark im Jahr ausmache. Darob gerät er
in helles Entsetzen und kommt dann endlich doch zu
der Erkenntnis, daß ein Preisabbau stattfinden muß,
damit die Kaufkraft der Löhne steigt. Ein Preis-
abbau ist natürlich nur in der Verringerung der Unter-
nehmer zu finden. Die Steuerlasten der Unternehmer
müssen verringert werden, das ist schließlich der Kern
des Ganzen. Der „Große Ausschuß“ der Vereinigung
der Arbeitgeberverbände hat in seiner Sitzung vom

12. März zur „Gegenwärtigen Lage“ Stellung ge-
nommen. In der heutigen Wirtschaftsloge sei eine
Erhöhung des gesamten Lohnniveaus untragbar. Die
Betriebe hätten jetzt schon Schwierigkeiten, die Kre-
dite zu beschaffen, die zur Inangriffnahme der Wirk-
schaft erforderlich seien. Der Zahlungsmittelumlauf
liege jetzt schon mit 4,4 Milliarden Reichsmark über
der durch Produktion und Umsatz bedingten Grenze.
Nun, die Spitzen der Arbeitgeber sind gegen jede
Lohnerhöhung, denken aber auch nicht daran, die Ge-
winnräte herabzusetzen und die Preise zu senken.
Sie fordern Sparsamkeit im Konsum, höchste Arbeits-
leistung mit Steigerung und Verbilligung der Pro-
duktion.

Das deutsche Volk hat danach sich als Lastträger
mit dem Futter zu beschneiden, das man ihm zubilligt.
Es hat aber dafür herzugeben das Höchste, was er
an Arbeitskraft besitzt, und wenn auch Leben und Ge-
sundheit darüber zugrunde gehen. Das ist der Sinn,
der dieser Stellungnahme der Unternehmer inne-
wohnt.

Wenn wir uns nun umsehen und beobachten,
was diese Unternehmer selbst treiben, dann ist es
kein Wunder, wenn uns das Blut zu siedeln beginnt.
Überall sieht man Neubauten, Betriebsvergrößerun-
gen, neue Villen und Schlösser entstehen in Masse,
prächtigt und luxuriös eingerichtet. Dann braucht das
Unternehmertum natürlich viel Geld, um die
„öffentliche Meinung“ zu beeinflussen, man könnte
eigentlich sagen, zu verzinsen, denn was sich die
von den Unternehmerverbänden ausgedehnte Presse
erlaubt, ist größte Speise für die Leser. Mit un-
geheuren Geldmitteln haben die Unternehmer sowohl
bei den Wahlen zum Reichstag wie bei der Reichs-
präsidentenwahl gearbeitet. Dafür ist immer genügend
Geld da, nicht aber zum Steuernahlen und für an-
gemessene Gehalts- und Lohnzahlungen für Ange-
stellte und Arbeiter.

Und für solche Leute soll sich das deutsche Volk
immer wieder mit neuen Lasten abfinden.

Die Steuererhöhung der Regierung ist beherrschend
von dem Bestreben, nur ja nicht den Unternehmern
lästig werden. Der Steuerentwurf sieht vor, daß die
Indirekten, die Verbrauchssteuern, erhöht werden. Es
ist klar, daß dadurch am härtesten die Volksmassen
mit geringen Einkommen betroffen werden. Die Be-
triebe der öffentlichen Hand unterliegen der Besteue-
rung künftig wie Privatbetriebe. Darunter gehören
auch Gas- und Elektrizitätswerke, was zweifellos
eine weitere Schwächung der Kaufkraft, einer Herab-
setzung des Reallohnes gleichkommt. Selbstverständ-
lich ist Bier und Tabak für die Reichsregierung ein
entscheidendes Genußmittel. Der Steuerentwurf sieht
deshalb eine Verdoppelung der Steuer vor für Bier.
Für Zigaretten und Weizenbrot wird die Steuer von
20 auf 25 v. H. erhöht. Für Zigaretten und Fein-
schokolade von 40 auf 50 v. H. Für Kautabak
sollen statt bisher 5 10 v. H. des Verkaufspreises
erhoben werden. Eine Herabsetzung der Umsatzsteuer
lehnt die Regierung — wie schon bemerkt — ab, da-
gegen sollen die Unternehmer von der Umsatzsteuer
befreit werden, bei Lieferungen an das Ausland,
noch dazu mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar
1925.

Für den Metallwarenhandel sind noch besondere
Vergünstigungen durch Verordnung vom 19. Februar
1925 eingeführt, indem der Händler beim erstmaligen
Verkauf den Betrag der Umsatzsteuer zurückerhält,
mit dem die Ware belastet war.

Der Landwirtschaft in den sogenannten Not-
gebieten werden weitgehende Stundungen der Ein-
kommensteuer, der Umsatzsteuer und der Rentenban-
kzinsen gewährt. Auch den kleinen Unternehmern
werden Erleichterungen in der Abführung des Steuer-
abzugs an die Finanzämter gewährt, die Stundungs-
zinsen werden herabgesetzt. Die Gebühren bei Grund-
stücksverkäufen werden gleichfalls ermäßigt.

Am Steuerentwurf der Regierung wird somit
die ärmste Klasse geschützt, die Interessen der
wirtschaftlich Stärksten, für die Schwachen ge-
schützt so gut wie nichts. Die Inflationen und De-
flationen gemindert können sich ungehindert ihres Raubes
am Volksoermögen erfreuen, die Aufwertung der
Bank- und Sparguthaben soll nur mit 15 Proz. er-
folgen. Die größten Einkommen werden höchstens
mit 33 1/2 Proz. Steuer belastet, die kleinen Einkom-
men bis zu 8000 Mark müßten 10 Proz. hergeben.
Die Konsumvereine sollen künftig aus Liebe zu den
Kleinhandlern und Mittelständlern durch Umsatz-
und Verbrauchssteuern belastet werden, damit sie diesen
Nicht lästig werden.

Deutschland kann sich rühmen, von seinen ärmsten
Bürgern die höchsten Steuern zu erheben.

Wie wir bereits berichtet haben, hat der Ge-
werkschaftsausschuß des ADGB. (Vorständekonferenz)
zu der Steuerreform der Regierung Stellung ge-
nommen. Es wird verlangt, daß für Einkommen bis
zu 4000 Mark der Lohnabzug für Steuern von
10 Proz. herabgesetzt wird, ebenso wird die Belei-
gung der Umsatzsteuer gefordert.

Wir verwahren uns dagegen, das Lasttier zu
sein für die wirtschaftlich ohnehin Starken. —

Tagung der bayerischen Arbeitgeberverbände.

Im Bayerischen Hof in München tagten am 20. Februar die Vertreter der bayerischen Arbeitgeberverbände. Anwesend waren auch prominente Vertreter aus Oesterreich, der Tschechoslowakei und deutscher Arbeitgeberverbände, Vertreter von Behörden und Handelskammern. Prof. Dr. Zickmann wandte sich gegen den Achtstundentag, gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington, gegen sprunghafte Lohnerhöhungen. Auch das Schiedsgerichtsverfahren findet keinen Beifall, da die Arbeitgeber nur einseitig gebunden würden. Man wünscht wieder den Zustand freier Vereinbarungen. Ministerialrat Schenk trat für eine wohlüberlegte tragbare Sozialpolitik ein, d. h. einer Sozialpolitik, die nicht zu viel kostet.

Von Bedeutung war noch der Vortrag von Dr. Scholl, der über Klassenkampf und Wirtschaftsfrieden sprach. Ein völliger Wirtschaftsfriede zwischen Kapital und Arbeit, richtiger der abhängig Erwerbstätigen und der Füllerschaft, sei nicht möglich und nicht einmal wünschenswert, weil er Stagnation bedeute. Je größer die Zahl der abhängig Erwerbstätigen wird, desto stärker werden unermesslich die sozialen Gegensätze. Das sei aber ein politisches Problem, dem alle großen Industriestaaten gegenübersehen. Durch die Entziehung der Produktionsmittel und des Privateigentums könne kein Zustand von vollständiger Befriedigung und Gleichheit aller eintreten. Nach Dr. Scholl ist das das Wertmal des sozialistischen Zukunftsstaates, indem alles individuelle Streben und individuelle Menschentum erlöset werde. Das dem nicht so ist brauchen wir hier nicht erst näher zu erörtern. Mit solchen banalen Redensarten glaubt man in jenen Kreisen den sozialpolitischen Gedanken erledigt zu haben.

In diesem Geiste versuchte denn auch der Redner nachzuweisen, daß die Unternehmer unschuldig an der Störung des Wirtschaftsfriedens sind. Man werfe ihnen vor: sie wollten Herr im Hause sein, bewilligten keine Lohnerhöhungen, daß gesunde alles zu Unrecht. Schuld sind die 19 Arbeitersekretäre und 2 Wirtschaftsführer, die im Reichstag sitzen und denselben einseitig unterrichten. Seit der Revolution besaßen sie außerdem ein Heer von gewerkschaftlichen Klassenkämpferischen Berufsagitatoren damit, die wirtschaftlichen Gegensätze zu schüren und mit Neid gegen die sogenannte bestehende Klasse zu erfüllen.

Daß die Arbeitgeberverbände eine Menge Wissenschaftler vom Charakter der bekannten Syndizal und Sekretäre sowie eine ganze Masse Schriftsteller und Zeitungsschriftsteller besitzen, die mit allen Feinheiten die Arbeiterrechte und Arbeiterinteressen zu schädigen suchen, davon spricht man natürlich in solchen Kreisen nicht. Bei diesen Herren ist natürlich die Vertretung der Unternehmerinteressen gegen glänzende Bezahlung aus Selbstzucht und Lebensaufgabe. Davon schweigen sie aber geschweiden, es genügt, die Vertreter von Arbeiterinteressen herabzusetzen. Nun es mag einträglicher sein Kapitalisten gegen Arbeiter zu vertreten. Ehrenvoller ist es jedenfalls, ehrliche, wertgeschaffende Arbeiter gegen ihre Ausbeuter zu vertreten.

Der Extrait der Schöllschen Ausführung ist die Formel, die Gewerkschaften sind Schuld, daß wir keinen Wirtschaftsfrieden bekommen, denn sie verschärfen die Gegensätze bis zur Siebtheit. Von einer Beteiligung der Arbeiter an der Wirtschaftsführung, wie sie die Gewerkschaften fordern, ist nichts zu erwarten. Die Zeitung muß denkbar elastisch und sachverständig sein, sie muß schnellstens disponieren können. Die Wirtschaftsdemokratie ist da, denn jeder Arbeiter habe die Möglichkeit durch seine Leistungen zu beweisen, daß er der Mann ist einen Betrieb zu leiten. Es ist wohl unnötig gegen solche Ausführungen zu polemisieren, die ja ganz nach dem Herzen der Unternehmer gemacht wurden, die dort vertreten waren.

Wie es mit dieser Aufstiegsmöglichkeit in heutiger Zeit steht, darüber Worte zu verlieren lohnt nicht. Dr. Scholl resumierte schließlich wie folgt: „Eine Besserung der Lage der deutschen Wirtschaft sei nur zu erwarten: 1. Durch Milderung der Steuerlasten (der Unternehmer). 2. Verminderung der Kosten des gesamten Verkehrswezens. 3. Bangfristige Lohnverträge ohne Erhöhung der derzeitigen Bezüge. 4. Milderung der Lasten der Sozialversicherung. 5. Schaffung einer starken Staatsautorität.“ Kein Wunder, daß diese Ausführungen großen Beifall bei der Versammlung fanden.

Diese Einstellung der bayerischen Arbeitgeberverbände, die selbstverständlich auch die der gesamten deutschen Arbeitgeberverbände ist, findet eine recht drastische Beleuchtung durch die Nachricht aus Hamburg, die in Nr. 145 des „Berliner Tageblatt“ vom 28. März gebracht wird, daß nämlich die englische Firma Furness Withy & Comp. bei der deutschen Werft in Hamburg ein 15 000-Tonnen-Motorship in Auftrag gegeben hat. Für ein solches Schiff soll der niedrigste englische Kostenantrag 1 500 000 Pfd. Sterling betragen: Der deutsche Kostenantrag fordert aber nur 850 000 Pfd. Das sind rund 6 Millionen

Goldmark weniger als der englische Schiffsbau verlangt.

Die wichtigste Ursache des deutschen billigeren Lieferungsangebots liege in der Arbeiterfrage. Die deutschen Werften könnten in weitem Maße ungelernete billige Arbeiterkräfte unter der Leitung gelernter Arbeiter beschaffen, während die Engländer an der Gepflogenheit festhielten, einen Arbeiter nur mit der Arbeit zu beschäftigen, die er gelernt hat. Es sollen bei einer deutschen Werft 50 bis 60 Prozent der beschäftigten Arbeiter ungelernete sein.

Sollten die niedrigen deutschen Arbeiterlöhne nicht ebenfalls schwer ins Gewicht fallen?

Das billigere deutsche Angebot wird weiter darauf zurückgeführt, daß englische Werften auf den Bau von Motorshipen nicht eingerichtet sind, weil man bisher kein reiches Vertrauen zu diesem Schiffstyp hatte. Ferner auf den Umstand, daß die A.E.C. Dieselmotoren um 10 Proz. billiger liefere als alle anderen Firmen. Weiter daß die gute Hoffnungshütte in Sterkrade imstande sei, zwei Drittel des gefamten auf der Werft verarbeiteten Materials in gestanzter Form zu liefern, wie es für den Schiffsbau erforderlich ist.

Man kann sich nun sehr leicht ein Bild von der Gesamteinstellung der führenden Köpfe in der deutschen Unternehmerschaft machen. Ihr ganzes Streben ist eben darauf gerichtet, auf Kosten der deutschen Arbeiterkraft möglichst billig zu produzieren. Den schönen Spruch „Leben und Lebenslaffen“ treten sie bewußt nieder. Mögen die deutschen Arbeiter die Erkenntnis daraus schöpfen, daß ihnen gegen solche Ausbeutung nur eine starke leistungsfähige Organisation Schutz gewähren kann.

Stärkt den Verband, führt der Organisation die Unorganisierten zu. Es bleibt kein anderes Mittel euch vor Ausbeutung zu schützen. Gesundheit und Leben vor Schaden zu bewahren.

Je härter die Organisation, um so günstiger die Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Eine Binsenmaxime und dennoch wird nicht danach gehandelt, sonst dürfte es nicht noch so viele Unorganisierte geben. Man darf deshalb nicht ermüden und muß das immer wieder den Arbeitsbrüdern klar zu machen suchen.

So hat das Statistische Arbeitsamt in Amerika festgestellt, daß in der Bekleidungsindustrie die Normalarbeitszeit 1924 44 1/2 Stunden, gegen 52 Stunden vor dem Kriege betrug. Die Erhebung erstreckte sich auf 27 681 Arbeiter in 152 Betrieben. Vorweg bemerkt muß werden, daß die Bekleidungsarbeiter zu den am besten organisierten gehören und zentral organisiert sind. Sie haben Tarifverträge, die weitgehende Mitbestimmungen in der Produktion und wichtige Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit enthalten.

Während im Jahre 1913 der durchschnittliche Wochenverdienst bei 52 Stunden Arbeit 13,52 Dollar betrug, wurde im Jahre 1924 bei 44 1/2stündiger Arbeitszeit ein Wochenverdienst von 33,82 Dollar erzielt. Das sind rund 150 Proz. Lohnerhöhung, während in der Verteuerung der Lebenshaltung nur eine Steigerung von 60—70 Proz. eingetreten sei. Die Erhöhung des Reallohnes beträgt mithin immer noch rund 80 Proz. Daneben die Verkürzung der Arbeitszeit um rund 15 Proz. und die Mehrwertdienste bei Ueberzeitarbeit, die mit Lohnzulagazug bezahlt wird. Eine solche Errungenschaft kann sich schon sehen lassen.

Wir ersehen aus diesem Bericht, daß die Kaufkraft des amerikanischen Bekleidungsarbeiters, trotzdem eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten von 60—70 Proz. stattgefunden hat, um zirka 80 Proz. verbessert wurde. Daneben die Vorteile der kürzeren Arbeitszeit für Gesundheit und Leben, die fast unschätzbar sind.

Wir könnten aus unseren eigenen Reihen nur aus der Vorkriegszeit solche oder ähnliche Errungenschaften berichten. In den letzten Jahren mußten wir alle Kräfte einsehen zur Erhaltung des Achtstundentages und dafür, das die Löhne nicht allzu weit hinter dem Index für die Lebenshaltungskosten zurückblieben.

Schwer gehindert wurde unser Kampf durch die Zerrissenheit in unseren eigenen Reihen und durch die Fahnenflucht vieler ehemals organisierter Berufsgenossen, die den Kopf — und den Mut sinken ließen. Es muß unser Bestreben sein, diese wieder aufzurichten. Ihnen begrifflich zu machen, daß es keine andere Möglichkeit gibt, die gefunkene Kaufkraft der Arbeiterkraft zu heben, als die Schaffung starker Organisations.

Das Vorhandensein vieler unorganisierter Berufsgenossen bringt Gefahr für alle! Ein jeder hat daher ein Interesse daran, diese Gefahr abenten zu helfen, indem er dem Verband soviel Mitglieder zuführen hilft wie in seinen Kräften steht!

Je härter die Organisation, um so günstiger die Lohn- und Arbeitsbedingungen!

Wenn wir diese Worte den Unorganisierten unauffällig in die Ohren rufen, müssen sie es schließlich begreifen und sich der Organisation anschließen!

Aus unseren Berufskreisen.

Einem Artikel über die Lage der Lederwarenindustrie in Frankreich in der „Lederindustrie“ entnehmen wir einige Angaben. In Luzuslederwaren herrschte zu Beginn des Jahres starke Flaute, man erwartete zu Anfang April eine Belebung. Zum Frühjahr wird der russische Ledergürtel Modartikel sein. Er wird in breiter Form in verschiedenen Modellen und Farben getragen. Vorherrschend sind lebhafte Farben rot — blau. Auch in Luchsausführung mit einer Tasche an der Seite, nach dem Muster der Burgfrauen, werden in Mode kommen. Der Ausschmuck besteht in Holzornamenten oder Holzspange, mit Perlenstoff oder Goldnägeln verziert. Ferner lackiertem Metall, Lederbatif. Auch in der Reissartikelbranche ist eine Krise vorhanden. Es wird über Konkurrenz geklagt, weil sich in Frankreich viele Ausländer etabliert hätten. Die Preise für Schafleder hätten die Preise für inländisches Ziegenleder erreicht, besonders gesucht sei Ziegenleder aus Madras oder Bombay.

Die Konkurrenz der Ausländer sei möglich, weil sich diese ihre Arbeiter gleich mitbrächten und so niedere Löhne zahlten, was die französischen Unternehmer nicht machen könnten. Außerdem arbeiten diese Arbeiter 12 bis 14 Stunden den Tag, ja sie unterbrechen ihre Arbeit, nur um zu essen und zu schlafen.

Das hört sich ja richtig vorhinftutlich an. Ob denn das auch alles so ist?

Die französischen Unternehmer wären infolge dieser Konkurrenz gezwungen, die Arbeit einzuschränken und könnten ihre Arbeiter nicht länger als 30—35 Stunden in der Woche beschäftigen. Im vergangenen Jahr habe die Lederwarenindustrie große Exportaufträge gehabt, während zurzeit Flaute herrscht. Es wurden Stimmen laut, die den Grund in der wirtschaftlichen Gelundung Deutschlands suchen, das auf dem Weltmarkt mit der französischen Industrie in Wettbewerb tritt.

Aus den Gewerkschaftsverbänden.

Aus dem Bericht des Verbandes der Buchbinder vom 4. Quartal 1924 ist eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu entnehmen. Die Mitgliederzahl betrug am 30. September 48 316, am 31. Dezember dagegen 53 943, mithin mehr 5627, die Einnahmen in dieser Zeit rund 221 000, die Ausgaben rund 101 000, Mehreinnahme rund 120 000 Reichsmark.

Der Vorstand des Verbandes der Maler hat kürzlich ein eigenes Bureauhaus bezogen. Wie „Der Maler“ mitteilt, sind die seit 14 Jahren benutzten Räume im Verbandshause des Baugewerksbundes schon seit langem unzulänglich und so wurde nach der Erweiterung der Aufgaben des Verbandes und der dadurch bedingten Einrichtung neuer Abteilungen die Beschaffung größerer Räumlichkeiten zur unbedingten Notwendigkeit. Das Verbandshaus ist gelegen: Hamburg 36, Alsterterrasse 10. Wir wünschen gute Erfolge im neuen Heim.

Vom 1. April ab gibt der Verband ein Fachblatt heraus. Die Zeitschrift soll vor allem gut ausgestaltet, das berufliche und allgemeine Bildungswesen, Technik und Materialkunde fördern und die Farbe besonders liebevoll behandeln. Damit soll bei der Ausführung der sehr vielseitigen Arbeiten des Malergewerbes Anregung gegeben und ein wichtiges Hilfsmittel insbesondere für alle Berufsgenossen geschaffen werden. Aber auch die Entwicklungsrichtung des Geschmacks und der Mode soll beobachtet und beeinflusst werden. Jedem Monatsheft sollen mindestens drei farbige Beilagen beigegeben und der Inhalt der Hefte durch Illustrationen wertvoller gestaltet werden.

Die Lohnbewegungen des Landarbeitersverbandes im Jahre 1924, über welche „Der Landarbeiter“ vom 18. März 1925 berichtet, geben ein Bild von den gewaltigen Schwierigkeiten, die gerade diese Organisation zu überwinden hatte, da dieselbe mit besonders brutalen Arbeitgebern und mit in der Bewegung noch jungen Mitgliedern zu rechnen hat. Trotzdem blieben die Erfolge nicht aus. 27 Tarifverträge wurden neu abgeschlossen, 167 wurden verlängert oder erneuert, 272 Nachträge hauptsächlich über die Löhne konnten vereinbart werden. Infolge der besonderen Verhältnisse und der Interesslosigkeit weiter Kreise der Landarbeiterschaft konnte nicht verhindert werden, daß für 2 092 400 Landarbeiter die Arbeitszeit wöchentlich um rund 1 1/2 Stunden verlängert wurde, dagegen gelang es für 2 347 400 Landarbeiter Lohnerhöhungen von wöchentlich 4 062 808 Reichsmark herauszubolen.

Am 5. und 6. März 1925 fand im Berliner Verbandshaus eine Konferenz der Gauleiter statt. Die

Organisation befindet sich wieder im Aufstieg. Die Wiedereinführung der Krankenhilfe wurde beschlossen, eine Entschädigung wurde angenommen, welche die Einbeziehung der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung dringend fordert.

Weber den Ausgang des Streiks bei der Reichsbahn unterrichtet folgende Rundgebung der Eisenbahnerverbände an ihre Mitglieder:

„Die Entscheidung über den Ausgang des Kampfes um höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit ist gefallen. Der Schlichterspruch wurde am 19. März 1925 vom Arbeitsministerium für verbindlich erklärt. Die Organisationen bringen hiermit zum Ausdruck, daß sie sich in Beachtung der gesetzlichen Einrichtungen dieser Zwangseinkünfte fügen. Hiermit fordern die Organisationen die streikenden Eisenbahner auf, sich geschloffen und in wirksamer Form zum Dienstantritt zu melden. Nähere Anweisungen erteilen die zuständigen Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen. Die Organisationen haben sich nach Kräften bemüht, durch Verhandlungen mit der Hauptverwaltung der Reichsbahn und vor dem Schlichter die erhobenen Forderungen zur vollen Durchführung zu bringen. Das Scheitern an der Hartnäckigkeit und Unnachgiebigkeit der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Der Schlichterspruch bringt nur einen Teilerfolg auf materiellem Gebiet, aber einen vollen Erfolg in moralischer Hinsicht. Nicht geschlagen und entkeht nehmen die Kollegen die Arbeit wieder auf. Sie können erhabenen Hauptes in die Betriebe zurückkehren, geleitet von der Sympathie aller rechtlich Denkenden. Die ausgebrochenen Streiks sind damit beendet. Der Kampf für die materielle und soziale Besserstellung der Arbeitnehmer tritt nunmehr in ein anderes Stadium. Die Organisationen werden nicht ruhen und rasten, der ehrlichen Arbeit die gebührende Anerkennung zu erringen und zu sichern. Ihre Stärkung ist dazu Voraussetzung.“

Das Organisationsproblem im A.G.B.

Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Frh. Larnow, hat soeben über diese Frage eine kleine, 89 Seiten starke Broschüre erscheinen lassen. Allen, die sich an leitender Stelle im Verband betätigen, wird das Studium derselben dringend empfohlen. Der Gewerkschaftsreform, der im Laufe dieses Jahres stattfindend (anscheinend erst im August) wird nicht umhin können, das Organisationsproblem in irgendeiner Form, endgültig zu klären, soweit das eben möglich ist. Wer die Broschüre Larnows aufmerksam und ohne Vorurteilsgenommenheit liest, wird erkennen, daß die Frage nicht durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß gelöst werden kann. Das erkannt man schon auf dem Gewerkschaftskongress in Leipzig und seinen Vorgängern. Denn trotz der Annahme der Resolution Dittmann konnte an ihre Durchführung im Ernst nicht gedacht werden. Auch die eingehende Lösung des Organisationsproblems finden. Es dürfte ihr das, auch kaum gelingen, dazu sind die Gegenstände zu zahlreich.

Korrespondenzen.

Bielefeld. Der Kampf in der Bielefelder Metallindustrie, wo 300 Kollegen unseres Verbandes das Auto- und Fahrradfabrikationsbranche beteiligt sind und außerdem 200 Kollegen aus der Lederwarenbranche, die durch den Streik resp. Aussperrung arbeitslos wurden, geht unverändert weiter. Ein am 20. März gefällter Schlichterspruch des amtlichen Schlichtungsausschusses wurde durch Abräumung der streikenden Arbeiterschaft mit 97 Proz. abgelehnt. Die Unternehmer lehnten ebenfalls ab.

Die übrige Kollegenchaft im Reich kann hieran ermessen, mit welcher Erbitterung der Kampf beiderseits geführt wird. Die Bielefelder Kollegenchaft fordert deshalb die Kollegen im Reich auf, ihnen in ihrem schweren Kampf beizustehen, und zwar dadurch, daß jegliche Streitarbeit kurzerhand zurückgewiesen wird. Besonders die Firma Dürtoppwerke versucht in anderen Städten Streitarbeit emulieren zu lassen. Die Firma hat bisher halbfertige Wagen nach Münster, Hannover, Hameln in Auftrag gegeben. Wir zweifeln noch daran, ob sich dort Leute gefunden haben, die solch elendes Handwerk ausüben. Wir ersuchen deshalb die Kollegen anderer Städte, in denen Dürtoppwagen als Streitarbeit oder auch sonstige Streitarbeit für Bielefeld auftaucht, diese energisch zurückzuweisen und uns unverzüglich Kenntnis davon zu geben.

Kollegen, die Haltung der Streikenden ist musterhaft; der uns aufgezwungene Kampf mag die schärfsten Formen annehmen, er wird uns nicht auf die Knie zwingen. Die Bielefelder Arbeiterschaft denkt nicht daran, ohne Vertiefung der 54 stündigen Arbeitswoche und eine angemessene Entlohnung wieder in die Betriebe zurückzukehren. Wir erwarten deshalb, von den Kollegen im Reich, daß sie jede Streitarbeit ablehnen. Rebt Solidarität!

Cohabewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsaufnahme in anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

Jahreszeugindustrie.

Bielefeld. Der Streik resp. die Aussperrung geht weiter. Ein inzwischen gefällter Schlichterspruch wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Detmold. In den Rembrandt-Werten sind 23 Kollegen ausgesperrt.

Cassel. Die Sattler sind durch die Aussperrung in der Metallindustrie mit betroffen.

Tapezierergewerbe.

Berlin. Allgemeiner Ausstand sämtlicher Tapezierer und Näherinnen dauert unvermindert fort.

Cassel. Die Kollegen haben wegen Tarifstreik die Arbeit eingestellt.

Essen a. d. Ruhr. Die Tapezierer in Lohnstreik. Mannheim. Lohn- und Tarifstreik.

Treibriemenindustrie.

Gummersbach-Bergneustadt. Bei Firma Weyland Streik.

Wer Arbeit nach Kolberg durch die Zeitung annehmen will, muß sich erst mit der dortigen Ortsverwaltung in Verbindung setzen (siehe Recht in der Zeitung Nr. 12).

An alle Portefeuller in Deutschland.

Die Schweiz ist nach wie vor für alle Portefeuller und Lederwarenarbeiter gesperrt. Sperrbrecher werden wie Streifbrecher behandelt. Schweizerischer Bekleidungs- und Lederarbeiterverband. Melde! streng die bestreikten Orte!

Rundschau.

Herabsetzung der Erwerbslosenbeiträge. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist laut Beschluß des Verwaltungsausschusses des Landesarbeitsamtes Preußen vom 16. Februar d. J. die zulässige Höchstgrenze der Erwerbslosenbeiträge mit Wirkung vom 1. März d. J. ab von 2 Proz. auf 1 Proz. des Grundlohnes mit der Maßgabe herabgesetzt worden, daß 4 v. H. an die Landesausgleichsstelle, 4 v. H. an die zuständige Provinzialausgleichsstelle abzuführen ist und der Rest von 4 v. H. für die Verwaltungsgemeinde der Arbeitsnachweise verbleibt.

Die Vorschrift, wonach die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweise und der Landesarbeitsämter zur Herabsetzung des ihnen verbleibenden Beitragsteiles berechtigt sind, bleibt bestehen. Für den Monat März wird auf die Abführung der Beiträge für die Landesausgleichsstelle verzichtet. Dieser Beitragsteil darf jedoch für den Monat März weder durch den örtlichen Arbeitsnachweis noch durch die Provinzialausgleichsstelle in Anspruch genommen werden.

Bücherchau.

Der Kampf gegen Ebert Im Verlag für Sozialwissenschaft erschien soeben das gesamte Material, was auf den Prozeß gegen den Reichspräsidenten Bezug hat in Buchform. Bearbeitet ist es von Karl Branner mit den juristischen Gutachten von v. Bayer, Dr. Radbruch, E. Schiffer und Einzelheimer. Bekanntlich wollte die Reaktion Ebert stürzen und suchte eifrig Material zu diesem Zweck. In Ebert wollte man aber auch der Republik zu Leibe, deshalb erscheint es geboten, den Bürgern die deutsche Nationalen beizugeben, die durchkreuzen. Das in dem Buch zusammengestellte Material kann hierzu gute Dienste leisten.

Die Internationale Gewerkschaftsbewegung. Unter diesem Titel gibt der Internationale Gewerkschaftsbund A m s t e r d a m eine Zeitschrift heraus, die von jedem Gewerkschaftsangehörigen, der sich über die Internationale jedoch informieren will, abonniert werden muß. Das Jahresabonnement beträgt 5 Mk. Bestellungen sind für Deutschland beim A.G.B., Berlin, Inselstr. 6, einzureichen. Die Zeitschrift erscheint in starken Vierteljahresheften. Sie zählt tüchtige Kräfte zu ihren Mitarbeitern. Im Oktober-Dezemberheft für 1924 schreibt John W. Brown über die Gründung einer Arbeiterbildungsinternationale. Clemens Nörpel über das Mitbestimmungsrecht und seine Auswirkungen. V. D'Aragnon über den Faschismus in Italien. John W. Andrews über die Sozialgesetzgebung in den Vereinigten Staaten. D. Stetter über: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben Deutschlands. Aber auch der sonstige Inhalt ist interessant und gestattet eine gute Information über den I.G.B.

Wege zum Wissen, zur Bildung. Der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 11 liegt ein Schriftchen bei: „Wege zum Wissen“. In diesem Schriftchen wird auf eine kleine Bücherammlung aufmerksam gemacht, die recht geeignet erscheint, in die verschiedensten Wissensgebiete einzuführen. Die Schrift enthält Hinweise auf eine Reihe von gemeinverfügbaren Einzeldarstellungen aus Naturwissenschaft, Erd- und Völkertunde, Technik, Philosophie, Kunst und Literatur. Hervorragende Autoren wie Francis, Potonié, Schönichen, Körber, Berndt, Heilborn, Kronfeld, Marcuse, Cuden, Burton, Karuh u. a. haben dazu beigetragen. Die Darstellungen sind durchweg sehr leichtverständlich gehalten, knüpfen an den in einfacher Schulbildung Erreichten an und legen keinerlei wissenschaftliche Vorbildung voraus. Manche derselben sind aber so inhaltsreich, daß sie auch höhere Ausprüche befriedigen. Die Ausstattung ist einfach. Die Illustrationen lassen freilich sehr zu wünschen übrig. Hier könnte sicherlich weit Besseres geboten werden. Der Preis beträgt für den gehobenen Band, der für Bibliotheken, die auf eigenen Einband Wert legen, vorzuziehen ist, 85 Pf., für den Halbleinwand 1,25 Mk. Bisher sind 30 Bände erschienen. doch wird die Sammlung fortgesetzt. Die Sortimentsabteilung der Verlagsgesellschaft des A.G.B., Berlin S. 14, Inselstr. 6, übernimmt die Lieferung einzelner Schriften und ganzer Sammlungen.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 30. März bis 5. April ist der vierzehnte Beitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

Wir ersuchen alle Ortsverwaltungen, welche die Monatsberichtsliste für Monat März noch nicht eingekandt haben, das Veräumte umgehend nachzuholen.

Veranstaltungskalender.

Berlin. Linoleumleger. Freitag, den 3. April, abends 7 Uhr, bei Rathmann, Wilhelmstraße 118.

Treibriemen. Dienstag, den 7. April, abends 7 Uhr, bei Praber, Michaelkirchstraße, Ecke Westerhauser Straße.

Handwerksattler. Dienstag, den 7. April, abends 7 Uhr, bei Ohnensch, Kommandantenstr. 88. Zettlatter, Wasserbüchler. Montag, den 6. April, nachm. 4 Uhr, „Schleifische Heimat“.

Frankfurt a. M. Montag, den 6. April abends 6 1/2 Uhr allgemeine Versammlung im Gewerkschaftshaus. Vortrag: Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsauschuß.

Kafferslautern. Jeden 2. Sonnabend im Monat, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Luisenparkstraße 12. Verkennung.

Sterbetafel.

Berlin. Am 20. März verschied Kollege Emil Richter, Tapezierer, im Alter von 50 Jahren.

Breslau. Am 24. März starb unser Kollege, der Sattler Gustav Gembus, im Alter von 69 Jahren.

Offenbach. Am 6. März starb unser Mitglied der Anschläger Gustav Sinfel im Alter von 65 Jahren.

Am 17. März starb unser Mitglied Susanna Will, 32 Jahre alt.

Am 22. März starb unser langjähriges Mitglied der Portefeuller Jakob Schira im 56. Lebensjahr.

Ehre ihrem Andenken!

Erfahrener älterer Polsterer

Amst. donende Stricklung Conto Schmeibened, Wochu n Werk., Wittener Straße 40/42

Treibriemenattler-Vorarbeiter

durchaus perfekt im Zustand von Ledertriebriemen, Näh- u. Wundriemen zum sofortigen Eintritt gerüst. Angebote an die Exp. ds. Blattes unter R. 3. 600.

Kinderwagen, Verdeckt bezieht und fittort in jeder gewünschten Farbe Gummireifen Räder und Ersatzteile für Kinder- und Puppenwagen außergewöhnlich billig Preisliste gratis und franko A. Mücke, Breslau Weidenstr. 25